Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 20 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Annehmer zu jeder Zeit Bezieher und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 137. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 15. Juni 1926

Notwendige Erkenntnis.

Von besonderer wirtschaftspolitischer Seite wird uns geschrieben:

Der einzige Erfolg des englischen Generalstreiks ist bisher ein starkes Anschwellen der Arbeitslosenziffer gewesen; kämpft doch die englische Industrie mit den größten Kohlenschwierigkeiten, weil der Kohlenbergbau immer noch so gut wie völlig stilliegt. Wenn die Arbeiterführer nun darüber klagen, daß seitens der Regierung gar nichts geschehe, um zu einer Lösung des Wirrwarrs zu kommen, so haben sie gewiß nicht unrecht. Aber Cook, der ja praktisch den Bergarbeiterstreik führt, droht mit einer revolutionären Erhebung, wenn die Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung etwa eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwingen wollte.

Geschehen ist ja auch nichts seit den ersten Maitagen, als der Generalstreik zum Ausbruch kam. Die Vorschläge, die vorher von der Kohlenkommission gemacht wurden, sind aber jetzt wieder von Macdonald in einer Rede aufgenommen worden, in der er das Hauptgewicht auf die dort vorgeschlagene organisatorische Verknüpfung aller englischen Bergwerke, die Schöpfung einer Art von „Masse" legte. In einer solchen „Konkursmasse" wird man aber doch sehr genau zu untersuchen haben, was denn nun eigentlich Wert hat, und ausscheiden, was nur unter Verlust arbeitet, also wertlos ist. Bei uns in Deutschland ist das schon vielfach durchgeführt unter starken wirtschaftlichen Schmerzen; die Engländer werden wohl denselben Weg beschreiten müssen und demzufolge an Bergwerken stillegen, was unrentabel arbeitet, rentabel nicht gemacht werden kann. Ob dieses Werk nun vom Staat in die Hand genommen wird oder durch die Privatinitiative geschieht, ist gleichgültig; aber höchste Zeit ist es, daß es überhaupt geschieht. Der Bericht der Kohlenkommission hatte sich freilich grundsätzlich gegen die Weitergewährung von Subventionen an die Bergwerke ausgesprochen, trotzdem mindestens 75 v. H. dieser Bergwerke unrentabel sein würden, wenn sie den bisherigen Lohn unter Nichtverlängerung der Schichtzeit auch künftighin bezahlen müßten, eine staatliche Unterstützung aber nicht erhielten.

Übrigens könnten die Engländer nicht bloß vom deutschen Kohlenbergbau in dieser Richtung viel lernen, sondern in einer noch viel deutlicheren Art von der deutschen Kaliindustrie. Ein soeben veröffentlichter Geschäftsbericht des sog. Burbach-Konzerns für 1925 illustriert die Vorgänge der letzten Jahre, die unter dem Einfluß der deutschen Kaligesetzgebung erfolgten, in überaus drastischer Form; nicht weniger als 118 Kalischächte und acht Sonderfabriken sind endgültig stillgelegt worden, weil sie minder rentabel waren oder mit Verlust arbeiteten. Von den übrigen 106 Schächten sind weitere 34 bis auf weiteres stillgelegt, werden aber unterhalten, um bei einer größeren Absatzsteigerung wieder in Betrieb genommen zu werden. Von den nun noch verbleibenden 72 Schächten ist aber eine Anzahl noch sog. Zweitschächte, so daß nur rund 40 Schächte voll ausgenutzt werden und eine größere Rentabilität erzielen. Die auf diesen erfolgende Produktion ist aber derart gesteigert, daß aus ihnen der Bedarf an Düngemitteln nicht nur voll gedeckt wurde, sondern daß eine Vermehrung des Absatzes im Jahre 1925 um volle 50 % erzielt wurde und außerdem noch erhebliche Massen auf Lager gelegt werden konnten. Dabei steht der Kalipreis etwa 25 % unter dem Preisstand von 1913! Man hat aber auch größtes Gewicht auf die Nebenproduktion gelegt, woran man im englischen Kohlenbergbau immer noch viel zu wenig denkt, die es aber bei uns mit ermöglicht hat, dem Inland derart niedrige Preise für Kali zu gewähren. Denn die schönen Zeiten, da Deutschland auf dem Weltmarkt das Kalimonopol besaß und nach Belieben die Preise diktieren konnte, sind ja durch den Verlust des Elsasses leider vorbei. Die deutsche Wirtschaft hat aber die Kraft besessen, aus all diesen wirtschaftlichen Verschiebungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen; solche Verschiebungen sind aber in der Weltkohlenwirtschaft auch in ausgedehntem Maße eingetreten. England wird also genötigt sein, in größerer Beschleunigung dieser Umschichtung Rechnung zu tragen.

Die deutsche Ausfuhr nach Rußland.

Tagung des Deutsch-russischen Vereins.

Der stellvertretende Volkskommissar für Handel, Frumkin, erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter: Die Weisung Rykows, sofort einen Teil der auf Grund der deutschen Garantiekredite für Deutschland bestimmten Bestellungen an andere Länder zu vergeben, bezieht sich nur auf Bestellungen, die, abgesehen von dem Einfuhrprogramm, auf Grund des deutschen 300-Millionen-Kredits bei Zahlung nach vier Jahren erteilt werden sollten. Die Haltung deutscher Banken und deutscher Industrieller, die in einigen Fällen bis zu 20 % auf die Normalpreise aufzuschlagen versuchten, hat leider die Verwirklichung dieser Bestellungen aufgeschoben. Das Handelskommissariat weiß, daß nicht alle deutschen Industriellen die Haltung des deutschen Industriellenverbandes billigen, der Pressemeldungen zufolge seinen Mitgliedern einen 10 %igen Preisaufschlag bei Bestellungen der Sowjetrepublik auf Grund des Garantiekredits anempfahl, denn es ist gelungen, einen kleinen Teil der Bestellungen zu annehmbareren Bedingungen abzuschließen. Eine weitere Erteilung der für Deutschland bestimmten Bestellungen wird nur zu den Bedingungen erfolgen, die für die Verwendung des deutschen Garantiekredites festgelegt worden sind. Die übliche programmäßige Einfuhr aus Deutschland wird selbstverständlich durch die Weisung Rykows nicht berührt.

Die Wirtschaftslage Sowjetrußlands und die Kreditaktion der Reichsregierung für Sowjetrußland standen im Mittelpunkt von Tagungen, die der Deutsch-Russische Verein unter Vorsitz von Kommerzienrat Michalski-Berlin abgehalten hat. In den vertraulichen Verhandlungen des Gesamtvorstandes wurden eingehende Vorträge entgegengenommen, aus denen sich ergab, daß die Lage der russischen Industrie immer schwieriger wird, während dagegen die russische Landwirtschaft, in Form der Bauernwirtschaft, eine unzweifelhaft fortschreitende Vorwärtsentwicklung aufweist. — In besonders schwieriger Lage befinden sich die Grundindustrien, die Kohlenindustrie sowie die metallurgische. Hier tritt der Verfall der technischen Ausrüstungen ganz außerordentlich stark in Erscheinung. In dieser Perspektive gesehen, ergeben sich dringende Fragen der deutsch-russischen Zusammenarbeit zum Zwecke des Wiederaufbaus der russischen Industrie, an dem Deutschland bereitwilligst und mit unbestreitbar größtem Entgegenkommen sich beteiligen will. Die von der Reichsregierung eingeleitete Kreditaktion ist ein beredtes Zeugnis dafür. Wenn nach der gesetzgeberischen Vereinigung der Ausfallbürgschaft durch das Reich die Gesamtfinanzierung des 300-Millionen-Kredits noch nicht zustande gekommen ist, so kann das keinesfalls der deutschen Seite zur Last fallen. Der in der Öffentlichkeit viel besprochene alleinige Streitpunkt der kleinen Differenz in den Provisionssätzen gewinnt zum wesentlichen Teil ein anderes Gesicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich für die Banken um eine Festlegung erheblicher Geldbeträge für die Dauer von bis zu 4½ Jahren handelt. Die Russen selbst haben die Kreditverhandlungen sehr erheblich erschwert. Kommerzienrat Michalski wies darauf hin, daß die verschiedenen noch umstrittenen Fragen beim Entgegenkommen beider Seiten baldigst erledigt sein könnten.

Die Kündigung Brasiliens in Genf.

Nichtbeteiligung an der Septembertagung.

Schneller als erwartet hat Brasilien seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat ein Telegramm vom brasilianischen Minister des Auswärtigen erhalten, in dem Brasilien schon jetzt seinen Entschluß, aus dem Völkerbund auszutreten, kundgibt. Es werde daher zur Septemberversammlung des Völkerbundes nicht erscheinen.

Das Telegramm der brasilianischen Regierung hat folgenden Wortlaut: „Brasilien hat in dem Exposé, das es dem Gesandten Mello Franco zugehen ließ und das voraussichtlich bereits durch das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht und allen Mitgliedstaaten des Völkerbundes zugestellt ist, auf seinen nichtständigen Sitz im Völkerbundrat verzichtet. In dem Exposé wurde zum Schluß erklärt, daß Brasilien zum gegebenen Zeitpunkt auf die Ehre, Mitglied des Völkerbundes zu sein, verzichten würde. Da die brasilianische Regierung nunmehr die Einladung zu der ordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes im September erhalten hat, an der Brasilien nicht mehr teilnehmen wird, sieht sich die brasilianische Regierung nunmehr verpflichtet, ihren Beschluß, aus dem Völkerbund auszutreten, hiermit anzukündigen."

Artikel 1 des Völkerbundpaktes enthält die Bestimmung, daß der Austritt eines Bundesmitgliedes, die Erfüllung aller seiner internationalen Verpflichtungen vorausgesetzt, nach zweijähriger Kündigung erfolgen kann. Brasilien würde also formell noch zwei Jahre lang die Rechte eines Mitgliedes ausüben können.

Andauernde Ansprüche Spaniens und Polens.

Nach einer Meldung des ABC. aus Madrid hat ein spanischer Ministerrat beschlossen, auf der Septembersitzung in Genf keinen Kandidaten Spaniens für einen nichtständigen Ratssitz zu stellen und einen Beschluß über die künftige Haltung Spaniens auszusetzen, bis der Völkerbund über den spanischen Anspruch auf einen ständigen Sitz eine Entscheidung gefällt habe. — Der polnische Außenminister Zalewski erklärte einem Vertreter des „Figaro", Polen sei überzeugt, daß es ebenso wie Deutschland ein Recht auf einen ständigen Sitz im Völkerbundrat habe. Dieses Recht gründe sich auf die geographische Lage Polens und seine Bedeutung als Brücke zwischen Mittel- und Osteuropa. Außerdem bestehe eine enge Verbindung zwischen der Frage eines ständigen Ratssitzes für Polen und den Locarnoverträgen.

Vorgehen des Völkerbundes gegen italienische Delegierte.

Nach einer Meldung der „Basler Nationalzeitung" wollen die Völkerbundorgane gegen die italienischen Beamten des Völkerbundsekretariats und gegen die italienischen Delegierten an der Internationalen Arbeitskonferenz disziplinarisch vorgehen, weil sie bei der sozialistischen Matteotti-Kundgebung im Gemeindehaus von Genf sich an dem Zusammenstoß mit Faschisten beteiligt haben. Die Teilnahme des Grafen Vinci, der eine führende Rolle in der internationalen Rot-Kreuz-Bewegung einnimmt, an diesem Zusammenstoß hat in Genf peinliches Aufsehen erregt.

Der ehemalige Kaiser klagt.

Gegen die südafrikanische Regierung.

Der Johannesburger „Sunday Times" zufolge ist von dem ehemaligen Deutschen Kaiser bei dem Obersten Gerichtshof in Windhuk eine Entscheidung dahin beantragt worden, daß der Familienbesitz der Hohenzollern in Südwestafrika nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages unterliegt, daß ein Verbot gegen die Zwangsverwaltung des Besitzes erlassen und daß der Grundbuchrichter angewiesen wird, in das Grundbuch als Eigentümer der Güter wieder die Familie Hohenzollern einzutragen.

Berichte aus Johannesburg besagen weiter hierzu, daß die Klage sehr komplizierter Natur sei und daß für ihre Entscheidung viel von der Auslegung des Versailler Friedensvertrages abhängen werde. Der springende Punkt scheine zu sein, daß während der Friedensverhandlungen in Paris General Smuts erklärte, daß Südafrika von dem durch den Vertrag erhaltenen Recht, Privatbesitztümer zu konfiszieren, nicht Gebrauch machen würde. Diese Stellungnahme der Regierung ist dann auch im Südafrikanischen Parlament mitgeteilt worden.

Österreichisch-deutsche Angleichungsarbeit.

„Rhein und Donau."

In Frankfurt a. M. fand die Hauptsitzung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes statt, die den wissenschaftlichen Angleichungsarbeiten gewidmet war. Es wurde über eine Schulangleichung gesprochen, ferner über die Gemeinsamkeit der Handelspolitik Österreichs und Deutschlands, über eine gemeinsame Verkehrspolitik und über die Herstellung einer Währungsgemeinschaft. Reichstagspräsident Löbe sprach über die Anschlußfrage. Er betonte hierbei, daß das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes den Vortritt vor allen übrigen Lösungen europäischer Fragen habe. Unsere Hoffnung auf Vereinigung gründet sich nicht auf Österreichs Not, sondern auf den Willen seiner Einwohner.

Zum Abschluß der „Österreichischen Woche" in Köln hielt der österreichische Bundesminister für Unterricht, Dr. Schneider, einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das österreichische Kultur- und Geistesleben. Während man jetzt in Österreich darangehe, die beiden deutschen Ströme Donau und Rhein aus wirtschaftlichen Gründen zu verbinden, sagte der Minister unter großem Beifall, so darf man sagen, daß zwischen den Strömen deutschen Geistes am Rhein und der Donau eine solche Verbindung nicht erst geschaffen zu werden braucht, weil sie seit Jahrhunderten besteht und sich immer enger knüpft. Den Eckstein seiner Ausführungen bildete die Erörterung des Begriffes der Volksbildung. Es sei eine unbedingte Staatsnotwendigkeit, die krassen Gegensätze, die sich in einer Spaltung des Volkes in eine geistige führende Oberschicht und in die breite Volksschicht ausgewirkt hätten, zu überbrücken.

Letzte Meldungen

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin. Der diesjährige Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet in den Tagen vom 8. bis 10. September in Köln statt.

Hilfsmaßnahmen für den Erzbergbau im Sieg-, Lahn-, und Dillgebiet.

Berlin. Die seit langer Zeit über die Anträge des Erzbergbaus im Sieg-, Lahn- und Dillgebiet gepflogenen Ver-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF